

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pf., bei Lieferung frei Haus 55 Pf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Befreiung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansage für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vor 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeiträge und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. XII: 2256. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 23

Freitag, den 28. Januar 1938

90. Jahrgang

Ban Zeelands neuer Plan

Wiederbelebung des Welthandels durch internationale Zusammenarbeit

Der Bericht des ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland, der soeben veröffentlicht wird, behandelt in seinem ersten Teil das Problem, ob es gegenwärtig einen Zweck hat, den internationalen Handel wiederherzustellen. Van Zeeland schildert die Entstehungsgeschichte seines Auftrages und stellt fest, daß auch heute noch die Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen zum Wohle eines jeden Landes erforderlich ist. Als Ergebnis seiner Besprechungen kommt er dann zu dem Schluß, daß das Problem einer Wiederbelebung des Welthandels nur auf dem Wege einer allgemeinen internationalen Zusammenarbeit zu lösen ist.

Im zweiten Teil seines Berichtes untersucht van Zeeland die hauptsächlichsten Hemmnisse, die den internationalen Wirtschaftsverkehr behindern. Er erwähnt die Zölle, den indirekten Protektionismus, die Kontingente sowie die Unsicherheit der Währungen und die Beschränkung des internationalen Kreditverkehrs. Er nennt u. a. noch den Verrechnungsverkehr und die Devisenbewirtschaftungen als maßgebliche Faktoren, die der Entwicklung des internationalen Handels entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten sind darauf zurückzuführen, daß die früheren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern aus dem Gleichgewicht gekommen sind. Die Befestigung der Störungen hat also zur Voraussetzung die Wiederherstellung dieses Gleichgewichts. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts hänge davon ab, daß die Vergangenheit liquidiert werde, d. h. es müsse eine Regelung für die internationalen Kapital- und Warenausgaben gefunden werden, und ferner müsse die Möglichkeit der internationalen Kreditgewährung neu geschaffen werden. Der Vorschlag für internationale Zahlungen weist van Zeeland in diesem Zusammenhang eine besonders unterstützende Rolle zu.

Den wichtigsten Teil seiner Ausführungen bildet das Kapitel III, das fast die Hälfte des ganzen Berichtes umfaßt. Hier betont van Zeeland, die Hauptfrage sei, Methoden vorzuschlagen, die mit einiger Aussicht auf Erfolg zur Wiederherstellung des Welthandels führen könnten. Dabei müsse man berücksichtigen, daß die Lösung des Problems nicht nur mit wirtschaftlichen Mitteln erreicht werden könne, da die allgemeinen politischen Verhältnisse in der Welt die Wirtschaftslage in starkem Maße beeinflussen.

Zurückhaltende Stellung, Hulls

Washington. Die amerikanische Regierung gab am Donnerstag den Vorläufer des van-Zeeland-Berichtes bekannt. Die Regierung betont jedoch am Kopf der Veröffentlichung, daß der Bericht kein amerikanisches Regierungsdokument sei und sie daher die Verantwortung für die Genauigkeit nicht übernehmen könne. Staatssekretär Hull erklärte, eine flüchtige Prüfung des Berichtes scheine ihm den Eindruck zu geben, daß van Zeeland einen wertvollen Beitrag zu dem Problem geliefert habe, mit dessen Lösung oder Studium er beauftragt war. Er, Hull, müsse sich jedoch keine Stellungnahme vorbehalten, bis er den Bericht sorgfältig studiert habe. Andere Regierungsstellen waren in ihrer Beurteilung noch kühler und bezeichneten die Vorschläge als kaum durchführbar.

Abwartende Haltung auch in Paris

Paris. In französischen politischen Kreisen hat man sich zu dem Bericht van Zeelands noch nicht geäußert. Es scheint jedoch, als ob man von einem Urteil vorläufig absehen und erst einmal den Widerhall abwarten will, den dieser Bericht in der öffentlichen Meinung der Welt findet, um dann in Kenntnis dieser Faktoren zu der Frage der Brauchbarkeit dieser wirtschaftspolitischen Anregungen Stellung zu nehmen.

Die soziale Förderung des Bergbaus

Reichsarbeitsminister Selbte sprach in Essen.

Vor Vertretern der Wirtschaft und Arbeit, besonders des Bergbaues, machte Reichsarbeitsminister Franz Selbte in Essen grundsätzliche Ausführungen über die Führung der Sozialpolitik im nationalsozialistischen Staat. Insbesondere legte er dar, welche Maßnahmen die Reichsregierung zugunsten des Bergbaues und vor allem der Bergarbeiter seit 1933 getroffen hat.

Die wirtschaftliche Gesundung ist weit fortgeschritten, die Produktion ist auf größte Leistungsfähigkeit gebracht und wird noch weiter entwickelt werden. Damit war die Grundlage gewonnen für die Gesundung und für den Ausbau der Sozialpolitik. Die Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen beseitigt, die Feiertage haben aufgehört. Der Arbeitsfrieden ist wiederhergestellt, denn Streiks und Auspöhlungen, die dem Bergbau Millionen von Reichsmark an Schäden verursacht hatten, sind verschwunden. Verbesserungen des Urlaubs gestalten die Arbeitsbedingungen günstiger.

Besonders freue ich mich", betonte der Minister, "daß auch der Wohnungs- und Siedlungsbau Fortschritte machen konnte." Im Ruhrkohlenbergbaubezirk sind allein in den beiden letzten Jahren 50000 Volkshäuser fertiggestellt bzw. begonnen worden. Auch die Bezahlung der Feiertage bedeutet eine wesentliche Verbesserung des Einkommens. Zur Erleichterung der Ernährungslage sind für den schwerarbeitenden Bergmann durch die Reichsregierung besondere Maßnahmen zur Sicherstellung des notwendigen und verbilligten Fettbedarfes durchgeführt worden. Erfolge zeigen auch die Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete des vermehrten Schutzes vor Unfall- und Krankheitsgefahren im Bergbau.

Mit besonderer Sorge verfolgte die Reichsregierung aber die immer bedrohlicher werdende Entwicklung der Berufsverschlechterung der Bergarbeiter. Sie unter allen Umständen zu erhalten, war für die Reichsregierung ein selbstverständliches soziales Gebot.

Die letzte soziale Großtat für das deutsche Volk, die das Ausbaugesetz vom 21. Dezember 1937 verkündete, brachte eine besonders starke Hilfe für die Arbeitskameraden des Bergbaues. Es war kein leichtes Problem, die für die Sanierung der Pensionsversicherung erforderlichen Mittel zur Deckung eines Fehlbetrages von rund 1,5 Milliarden RM. aufzubringen und gleichzeitig die Leistungen für die Bergarbeiterschaft zu erhöhen und, was ja noch vordringlicher erschien, den Bergmann in seinen hohen Beiträgen zur Sozialversicherung wesentlich zu entlasten. Der Reichsarbeitsminister wies darauf hin, daß er, um dies alles zu erreichen, die Hilfe aller Beteiligten aufrufen mußte, und daß seinem Ruf alle willig gefolgt sind.

In seinen Schlussworten führte der Minister aus, daß für den Bergmann die beste soziale Versorgung gerade gut genug sei und daß nach der Durchführung der letzten Maßnahmen der deutsche Bergbau eine soziale Betreuung aufweise, wie sie in der ganzen Welt ohne Vorbild und Beispiel sei.

Wirtschaft und Volk

Vom Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik.

Den 4. Tag des großen Lehrganges der Kommission für Wirtschaftspolitik eröffnete Staatsamtsführer Hauptamtsleiter Reischle mit einem Vortrag über die dringlichsten Fragen der deutschen Ernährungswirtschaft. Er stellte dabei das Problem der Landflucht in den Vordergrund. Die Vereinnahmung ausländischer Arbeitskräfte müsse zur Milderung des offenen Bedarfes weiter verstärkt werden, doch bedeutet dies keine Lösung des Problems selbst. Vordringlich sei die Beschaffung von Landarbeiterwohnungen.

Der Reichskommissar für die Freizeitsbildung, Gauleiter Wagner, betonte sich in seinen Ausführungen zu dem Grundgedanken: Der Mensch ist der Schöpfer aller Wirtschaft, und diese Wirtschaft ist zweckbestimmt. Sie soll nämlich dem Leben des Volkes dienen. Die Wirtschaft und die Sozialpolitik müsse beweglich und lebendig bleiben. Sie müsse mit übertragener geschlossenes Ganzes sein. So sei die Sozialpolitik eine entscheidende Beeinflussung aller wesentlichen wirtschaftlichen Vor-

Genf im Zeichen des Verfalles

Genf. Die öffentliche Sitzung des Genfer Rates hat das gewohnte flüchtige Bild: Man erschöpft sich in langatmigen Reden, wobei kein ernsthaftes Bemühen zu bemerken war, an die vielen ungelösten, die Welt so schwer belastenden Probleme heranzugehen. Statt dessen wurde von den Hauptverantwortlichen nur der Verzicht gemacht, die große Schuld die die Genfer Liga durch ihre friedensfeindliche Haltung auf sich geladen hat, zu verschleiern. Die Vertreter der Westmächte, Eden und Delbos, waren sichtlich bemüht, das ungeheure Risiko das für die kleineren Mächte eine Mitgliedschaft in der Genfer Entente birgt, in angenehmerem Licht erscheinen zu lassen. Die Tatsache, daß die genannten Großmächte die wahren Nutznießer des Genfer Ententesystems sind, läßt sich keineswegs, wie dies beispielsweise Eden tat, dadurch aus der Welt schaffen, daß man unbekümmert die „idealen Grundsätze“ aus der Gründungszeit der Institution erneut aufstellt. Eden und Delbos flagten zwar lebhaft über die „Mängel“ und „Enttäuschungen“ der Genfer Liga, aber sie nahmen sich bei ihren, von Zweifeln und gescheiterten Ausführungen nicht die Mühe, irgend einer der tieferen Ursachen dieser „Enttäuschungen“ nachzugehen. Eden konnte nur versichern, daß seine Regierung an der Genfer Liga festhalte und sie als das „beste Instrument“ ansehe, um den Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit Wirksamkeit zu geben. Auf der gleichen Linie hielten sich auch die Ausführungen des französischen Außenministers Delbos. Angesichts der Rolle, die Moskau in seinem Bolschewierungsprogramm der Genfer Entente zugesprochen hat, war es nicht weiter verurteilbar, daß sich der Sowjetführer Litwinow reichlich für die Genfer Liga einsetzte und die Sowjet-Union als den „zuverlässigsten Vorkämpfer der Genfer Liga“ bezeichnete!

Der politische Außenminister sprach in seiner Rede von der gegenwärtigen Lage, die leider so sehr von den Zielen und Bestrebungen abweicht, die der Liga bei ihrer Gründung mitgegeben worden sind. Außenminister Bed legte im übrigen Wert darauf, auf seine kürzlich vor dem polnischen Parlament gehaltenen außenpolitische Rede zu verweisen, in der er die grundsätzlichen Vorbehalte Polens gegenüber der Genfer Liga gekennzeichnet hatte. Nach Bed sprach der chinesische Vertreter und kritisierte auf das

schärfste die Tatsache daß die Liga ein „passiver Zuschauer“ geworden sei. Im weiteren Verlauf der Sitzung, die sich bis in die späten Nachstunden hinzog, nahmen Vertreter Lettlands, Bolivians, Schwedens, Belgiens, Perus, Neuseelands und Ecuador das Wort. Aus den Stellungnahmen der Vertreter der meisten kleineren Mächte kam die Befürchtung zum Ausdruck, ob die Genfer Liga nicht ihre Mitglieder in Komplikationen hineinziehen könnte, die mit deren Interessen nichts zu tun haben. Es fehlte hier nicht an vielfach sehr kritischen Bemerkungen.

Eine kürzliche Sitzung

Faustschläge und Fußtritte in der belgischen Kammer

Sowohl in der belgischen Kammer wie auch im Senat kam es wieder einmal zu heftigen Tumultszügen und Schlägereien, die die zeitweise Aufhebung der Sitzung zur Folge hatten. In der Kammer beschuldigte der republikanische Abgeordnete Verutten den Gesundheitsminister Routers und den früheren Verkehrsminister Henry Gaspar, den spanischen Bolschewisten Flugzeuge geliefert zu haben. Gaspar bestieg hierauf die Tribüne und erklärte, daß er sich mit den Mexikanern in keine Auseinandersetzung einlasse. Als der Abgeordnete seine Beschuldigungen fortsetzte, gebrauchte Gaspar ein übles Schimpfwort und stürzte sich wutentbrannt auf ihn, indem er über mehrere Hände hinwegsprang. Das war das Zeichen zu einer allgemeinen Schlägerei, in der sich Abgeordnete aller Parteien mit Faustschlägen und Fußtritten beschäftigten. Parlamentsdiener mußten gerufen werden, um die Kämpfenden zu trennen; die Sitzung wurde zeitweise aufgehoben.

Auch im Senat kam es während der Aussprache über den Haushalt des Innenministeriums zu unbeschreiblichen Lärmzügen.

